

Tagesordnungspunkt 7

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Mainz-Kastel am 09. März 2010

Zukunft der Jugendverkehrsschule (SPD)

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, auch in Zukunft den Betrieb der Jugendverkehrsschule grundsätzlich zu gewährleisten und geeignete, wetterunabhängige Räumlichkeiten hierfür zur Verfügung zu stellen. Dabei sollte insbesondere auch geprüft werden, ob bei neu geplanten Objekten im Bereich AKK entsprechende Räume integriert werden können oder eine bestehende Halle entsprechend gewidmet werden kann.

Der Betrieb der Jugendverkehrsschule erfolgt in Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wiesbaden, die entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, und der Hessischen Polizei, die für das notwendige fachliche Personal sorgt. In Wiesbaden sind derzeit vier Polizeibeamte als Verkehrserzieher eingesetzt. Durch den Wegfall der Räumlichkeiten am Platz der Deutschen Einheit und den angekündigten Verzicht auf den Neubau einer entsprechenden Halle ist dieses bewährte und erfolgreiche Konzept der Verkehrserziehung für Kinder und Jugendliche in Wiesbaden in Gefahr. Die geplante dezentrale Nutzung von Schulhöfen kann allein wetterbedingt kein Ersatz für eine Halle sein, und es besteht die begründete Gefahr, dass als Folge die Unfallzahlen für Rad fahrende Kinder wieder ansteigen. Das bisherige hohe Niveau der Verkehrserziehung sollte im Interesse der Kinder unbedingt aufrechterhalten werden.

Allein die Gustav-Stresemann-Schule in Mainz-Kastel verfügt im 4. Schuljahrgang über knapp 100 Schülerinnen und Schüler, die die Jugendverkehrsschule regelmäßig nutzen.

Beschluss Nr. 0023

Der Antrag wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat VIII z.w.V.

Schäfer
Ortsvorsteherin